

Pressemitteilung

der erfolgreichen Hamburger Volksinitiative
"Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung"

Donnerstag, 16. November 2023

Gendern macht Deutsch zur Fremdsprache für alle.

Volksinitiative plädiert vor der Bürgerschaft dafür, Benachteiligungen durch Taten zu verhindern, statt Menschen durch Gendern zu diskriminieren.

*"Wir treten ein für eine Sprache, die **alle Menschen erfasst**, unabhängig von biologischem und sozialem Geschlecht!"*

*Eine Sprache, die für alle Menschen **verständlich** ist und nicht ausgerechnet diejenigen ausschließt, die ohnehin schon Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache haben."*

Mit diesen Worten hat die Hamburger Volksinitiative am heutigen Donnerstag vor der Hamburger Bürgerschaft zusammengefasst, warum sie einen Volksentscheid gegen das Gendern in Bildung und Verwaltung anstrebt.

Die Bürger fordern anstelle des Genderns die Nutzung der generischen Sammelbegriffe der gültigen deutschen Sprache. Es käme darauf an, auch von Bürgern anderer Muttersprache und Menschen mit Sehschwäche, Legasthenie, Autismus und anderen Behinderungen verstanden zu werden.

Die Initiative schloss sich dabei grundsätzlich den Worten von Gabriele Dobusch an, der gleichstellungspolitischen Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Diese hatte in einer Genderdebatte vor der Bürgerschaft zu Recht erklärt, dass sie von Verwaltungssprache "**Rechtssicherheit, Vollständigkeit, Genauigkeit und Geschlechtergerechtigkeit**" erwarte.

Allerdings fehle bezeichnenderweise noch die **Verständlichkeit** als zentrale Aufgabe von Sprache.

Konstruierte Genderbegriffe würden genau diese Ziele verfehlen: Sie seien weder rechtssicher noch vollständig, noch genau, noch geschlechtergerecht. Und erst recht nicht mehr verständlich.

Besonders betroffen seien Menschen, die es ohnehin schwer hätten mit dem Verständnis von Sprache. Die Mutter eines **autistischen Sohnes** erläuterte in einem Videobeitrag vor der Bürgerschaft, dass dieser sein eigenes Zeugnis nicht verstehen könne, weil dieses generische Sammelbegriffe, geschlechtsbezogene Bezeichnungen und gegenderte Bezeichnungen so vermische, dass selbst sie als Mutter nicht mehr genau wisse, was eigentlich gemeint sei. Dennoch sei die Schule nicht bereit, den Text zu ändern und schriftlich den Inhalt zu erklären.

“Gendern ist daher das Problem, nicht die Lösung.”, so Dr. Hans Kaufmann, Vertrauensperson der Volksinitiative. Erst gut gemeinte Aufzählungen wie “Schülerinnen und Schüler” hätten das Geschlecht überbetont und so dazu geführt, dass der generische Begriff “Schüler” immer häufiger als Bezeichnung nur für Jungen verstanden werde. Dabei gehe es bei der Nutzung praktisch nie um das Geschlecht. Gut gemeint war hier in besonders deutlicher Weise nicht gut gemacht.

Menschen, die sich keinem der beiden Geschlechtern zugehörig fühlen, würden durch die in den Hamburgischen Gesetzen enthaltene Aufzählung nur von Männern und Frauen **aktiv ausgeschlossen**. Dies sei nicht erst seit der Anerkennung des dritten Geschlechts durch das Bundesverfassungsgericht aus dem Jahr 2017 das Gegenteil von geschlechtergerecht, kritisiert die Initiative.

Auch in der Einladung zur Anhörung vor der Bürgerschaft wurde der Volksinitiative mitgeteilt, dass der Raum *“Platz für 70 Zuschauerinnen und Zuschauer”* biete. *“Nimmt man das ernst, dann wären non-binäre Menschen heute also nicht zugelassen. Mit geschlechtersensibler Sprache hat das nichts zu tun.”*, so Dr. Jens Jeep, Vertrauensperson der Initiative. Geschlechtergerechtigkeit sehe offensichtlich anders aus.

Wirklich geschlechtsunabhängig seien allein die **generischen Begriffe** der natürlich gewachsenen Sprache, die von den Bürgern intuitiv auch geschlechtsunabhängig genutzt und verstanden würden. Wenn es heiße, dass sich die “Hamburger Schüler” auf die Ferien freuen, würde kaum jemand auf den Gedanken kommen, dass die Mädchen lieber weiter in der Schule bleiben wollten.

Es sei **unverantwortlich**, Mädchen und non-binären Schülern einzureden, sie seien vom Sammelbegriff nicht genauso erfasst, um ihnen so die **Rolle einer sprachlich ausgeschlossenen Minderheit erst zuzuweisen**.

Kaum aussprechbare Wortbildungen hätten zudem mit natürlicher Sprachentwicklung, die es selbstverständlich gebe, nichts zu tun: *“Jede*r Schüler*in freut sich auf seine/ihre Ferien”* sei kein Satz, der sich jemals aus der Bevölkerung heraus als Standard entwickeln würde, sondern ein Wortungetüm, welches die meisten Bürger weder schreiben noch lesen wollen.

Die Initiative zeigte als weiteres Beispiel Fotos des ersten Bürgermeisters der Freien Hansestadt Hamburg Tschentscher und seiner Vertreterin, der zweiten Bürgermeisterin Fegebank. *“Niemand käme mit Blick auf die nächste Bürgerschaftswahl auf die Idee zu sagen, hier würden zwei Bürger*innenmeister*innenkandidat*innen”* abgebildet sein, *obwohl dies die konsequente Beschreibung wäre.*, erläuterte Jeep das Dilemma. Der Begriff “Bürgermeisterkandidaten” sei für alle Menschen verständlich und außerdem geschlechtsneutral, während es sich in der persönlichen Ansprache selbstverständlich um einen Kandidaten und eine Kandidatin handele.

Sprache brauche **geschlechterneutrale Begriffe**, keine das Geschlecht überbetonenden Konstrukte. Geschlechtersensibel sei eine Sprache, wenn sie kein Geschlecht benachteilige, nicht jedoch, wenn sie ständig auf die Unterschiedlichkeit der Geschlechter hinweise.

Das ganze Dilemma löse sich auf, *“wenn wir uns einfach an die grammatische Selbstverständlichkeit erinnern, dass **generische Sammelbegriffe** grundsätzlich nichts mit dem individuellen Geschlecht zu tun haben, **sondern alle Menschen erfassen**, die ein gemeinsames Merkmal teilen”*, so Kaufmann. *“Der Mensch, die Person und das Individuum beschreiben natürlich nicht voneinander getrennt einen Mann, eine Frau und einen non-binären Menschen.”*

Künstliche Genderformen seien grammatisch so kompliziert, dass nicht einmal die größten Befürworter des Genderns in der Lage seien, dieses konsequent bei längeren Texten anzuwenden, anschaulich bestätigt durch ein kürzlich geführtes Interview mit Außenministerin Baerbock, in dem diese das Gendern vollständig einstellte, sobald sie sich in ihren Antworten auf kritische Fragen konzentrieren musste.

Das sei nicht überraschend, so Jeep mit Verweis auf seine notariellen Erfahrungen mit Rechtstexten: *“**Gendern lenkt die Konzentration vom Inhalt auf die Form.**”* Darunter leide dann zwingend der Inhalt. Das Problem kenne jeder, der eine Fremdsprache erlernen wolle und mit der Grammatik kämpfe, obwohl er doch eigentlich etwas Inhaltliches sagen wolle.

*“**Durch das Gendern wird Deutsch so selbst für deutschsprachige Menschen zur Fremdsprache**”*, so Jeep.

Sprache diene der **Verständigung**. Und nur wer sich verständigen könne, werde auch Probleme lösen. Sprache sei dabei weder das Problem noch die Lösung. Und Gendern behindere ausgerechnet die Verständigung zwischen den Menschen.

Vor diesem Hintergrund **appellierte** die Volksinitiative an die gewählten Abgeordneten der Bürgerschaft, dem Beispiel von des Landes Hessen zu folgen, welches gerade angekündigt hat, in Schulen, Universitäten, Behörden und sogar im öffentlich-rechtlichen Rundfunk das Gendern zu untersagen und zum allgemeingültigen Sprachgebrauch zurückzukehren.

Anderenfalls müsse die Initiative den Antrag auf Durchführung eines **Volksbegehrens** stellen, um dann schließlich in einem **Volksentscheid** den Wunsch der großen Mehrheit der Hamburger umzusetzen, dass in Bildung und Verwaltung wieder die Sprache gesprochen und geschrieben wird, **die auch von den Bürgern Hamburgs gesprochen, geschrieben und verstanden wird.**

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Hintergrund:

Die direkte Volksgesetzgebung in Hamburg sieht drei Stufen vor: Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid.

Die erfolgreiche **Volksinitiative** mit weit mehr als 10.000 Stimmen gegen die Nutzung der Gendersprache in Bildung und Verwaltung geht nun in die zweite Stufe, sollte nicht die Bürgerschaft dem Anliegen folgen.

Das **Volksbegehren**, welches aufgrund gesetzlicher Fristen voraussichtlich fast vollständig in die Sommerferien 2024 fällt, muss von wenigstens 5 % der Wahlberechtigten unterstützt werden, das sind rund 66.000 Wähler.

Die Initiatoren rechnen jedoch mit einer weitaus höheren Zahl von Bürgern, denen die Verständlichkeit der gewachsenen Sprache, die selbstverständlich alle Geschlechter umfasst, so wichtig ist, dass sie ihre Unterstützung durch Unterschrift, per Brief oder online abgeben werden.

Anschließend käme es zum **Volksentscheid**, bei dem zeitgleich mit der Bundestagswahl 2025 alle Hamburger Bürger für oder gegen das Gendern stimmen könnten. Dessen Ergebnis bindet den Senat.

Am 16. November 2024 wird hierzu nachmittags eine Anhörung der Gender-Initiative vor dem Ausschuss der Bürgerschaft für Gleichstellung stattfinden, zu der alle interessierten Bürger eingeladen sind.

V.i.S.d.P.:

*Dr. Jens Jeep, Notariat Ottensen, Hohenesch 13, 22765 Hamburg,
Vertrauensperson der Volksinitiative*

Für Nachfragen:

Dr. Jens Jeep, Tel: 0177 - 79 22 374

Dr. Hans Kaufmann, Tel: 0176 - 49 776 393

hamburg@ohne-gendern.de